

Merkblatt zum Antrag auf Erteilung einer gaststättenrechtlichen Erlaubnis gemäß § 2 Gaststättengesetz (GastG)

Inhaltsverzeichnis

[Allgemein](#)
[Verfahren](#)
[Vorläufige Erlaubnis](#)
[Gestattung](#)
[Kosten](#)
[Toilettenanlagen](#)
[Geschäftsführer-/Vorstandswechsel](#)
[Änderung der Rechtsform](#)
[Notwendige Unterlagen](#)
[Ansprechpartner](#)
[Lebensmittelüberwachung](#)
[Jugendschutz](#)

Allgemein

Rechtsgrundlage: § 1 und 2 GastG

Wer ein Gastgewerbe betreiben will, bedarf der Erlaubnis (§ 2 Gaststättengesetz). Diese Erlaubnis kann sowohl auf natürliche als auch auf juristische Personen (z. B. GmbH, Vereine) ausgestellt werden. Die Gaststättenerlaubnis setzt einen schriftlichen Antrag voraus. Die Erlaubnis bedarf der Schriftform.

Grundvoraussetzung für das Vorliegen eines Gaststättengewerbes ist, dass dies gewerbsmäßig ausgeübt wird. Gewerbsmäßigkeit liegt nur dann vor, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Gewinnerzielungsabsicht
- Fortsetzungsabsicht
- Die Tätigkeit muss erlaubt sein

Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer

1. alkoholfreie Getränke,
2. unentgeltliche Kostproben,
3. zubereitete Speisen oder
4. in Verbindung mit einem Beherbergungsbetrieb Getränke und zubereitete Speisen ausschließlich an Hausgäste verabreicht.

Vor Erteilung einer Erlaubnis ist die Gaststätte vom zuständigen Lebensmittelüberwachungsbeamten abzunehmen. Dieser fertigt einen Bericht und legt diesen den für die Erteilung der Erlaubnis zuständigen Sachbearbeitern vor.

Verfahren

1. Der vollständig ausgefüllte Antrag ist rechtzeitig (ca. 4 Wochen vor Eröffnung des Lokals) bei der zuständigen Gemeinde (= die Gemeinde, in der sich die Gaststätte befindet) abzugeben. Die Gemeinde leitet nach erfolgter Stellungnahme dann den Antrag an das Landratsamt Passau weiter. Fehlende Unterlagen können sowohl über die Gemeinde als auch direkt beim Landratsamt Passau nachgereicht werden.

2. Anschließend vereinbart der zuständige Lebensmittelüberwachungsbeamte einen Termin mit dem Antragsteller.
3. Wenn keine Versagungsgründe (z. B. persönliche oder wirtschaftliche Unzuverlässigkeit) gegeben sind und die erforderlichen Unterlagen vorliegen, kann eine vorläufige oder endgültige Erlaubnis, ggf. mit Auflagen, erteilt werden.

Erst nach Erteilung einer gaststättenrechtlichen Erlaubnis darf das Gastgewerbe betrieben werden. Das Betreiben einer Gaststätte ohne die erforderliche Erlaubnis stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit Bußgeld in Höhe bis zu 5.000 Euro bestraft werden.

Die Gaststättenerlaubnis erlischt, wenn der Inhaber den Betrieb nicht innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Erlaubnis begonnen oder seit einem Jahr nicht mehr ausgeübt hat (§ 8 GastG).

Vorläufige Erlaubnis

Rechtsgrundlage: § 11 GastG

Personen, die einen erlaubnisbedürftigen Gaststättenbetrieb von einem anderen übernehmen wollen, kann die Ausübung des Gaststättengewerbes bis zur Erteilung der Erlaubnis auf Widerruf gestattet werden. Die vorläufige Erlaubnis soll nicht für eine längere Zeit als drei Monate erteilt werden; die Frist kann verlängert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Sinn und Zweck der vorläufigen Erlaubnis ist grundsätzlich, einem neuen Pächter einer Gaststätte eine ununterbrochene Weiterführung des Betriebes zu ermöglichen.

Folgende Voraussetzungen für die Erteilung einer vorläufigen Erlaubnis müssen erfüllt sein:

- Antragstellung
- unveränderte Übernahme vom Vorgänger
- endgültige Erlaubnis nach § 2 GastG des Vorgängers
- Gaststätte darf nicht länger als 1 Jahr geschlossen sein
- Pachtvertrag/Eigentumsnachweis muss vorgelegt werden
- gültige Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz muss vorgelegt werden
- Termin für die Unterrichtung der Industrie- und Handelskammer oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (Gastronomie, Lebensmittelhandwerk, usw.) muss vorgelegt werden
- Bericht der Lebensmittelüberwachung

Gestattung

Rechtsgrundlage: § 12 GastG

Eine Gestattung ist zwingend erforderlich, wenn ein erlaubnispflichtiges Gaststättengewerbe aus besonderem Anlass (z. B. Volksfeste, Straßenfeste, Sportveranstaltungen, Open-Air-Veranstaltungen, Weinfeste usw.) vorübergehend ausgeübt wird.

Ansprechpartner für die Erteilung einer Gestattung ist die Gemeinde, in der die Veranstaltung stattfinden soll (Link der Gemeinden im Landkreis Passau <http://www.landkreis-passau.de/Gemeinden.aspx>).

Kosten

Rechtsgrundlage: Art. 1, 2, 3, 6 Kostengesetz (KG) in Verbindung mit Tarif-Nr. 5.III.7/1 des Kostenverzeichnisses

Für die Erteilung der Gaststättenerlaubnis können Gebühren im Rahmen von 50,- EUR bis 5.000,- EUR erhoben werden. Eventuelle Auslagen ergeben sich aus den Postgebühren für die Zustellung des Bescheides sowie den Fahrtkosten der Lebensmittelüberwachung.

Nach Art. 6 des Kostengesetzes sind bei der Ermittlung der Gebühr der verbundene Verwaltungsaufwand aller beteiligten Behörden und Stellen einerseits sowie die Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten andererseits zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung des zu erwartenden Umsatzes des Betriebes ist bei der Höhe der Gebührenfestsetzung für die Erlaubnis nicht erforderlich.

Bei der Gebührenbemessung (endgültige Erlaubnis) wird der wirtschaftliche Wert der Gaststättenerlaubnis aufgrund der Gastraumgröße berücksichtigt. Dies ist ein objektiver und nachvollziehbarer Maßstab, der auch in anderen Behörden angewandt wird. Es handelt sich um eine einmalige Gebühr.

Unabhängig von der Gastraumgröße beträgt die Gebühr für die Erteilung einer

- 1. vorläufigen Erlaubnis 30,68 EUR
- 2. vorläufige Erlaubnis 50,00 EUR
- Stellvertretererlaubnis 50,00 EUR

- Zuschlag bei Diskothek: 50 %
- Zuschlag bei Nachtlokalen: 70 %

Toilettenanlagen

Rechtsgrundlage: § 4 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 5 GastG

Zu unterscheiden sind erlaubnisfreie Gaststätten (reine Speisewirtschaften oder Speisewirtschaften mit Abgabe von alkoholfreien Getränken) und erlaubnispflichtige Gaststätten (mit Ausschank von alkoholischen Getränken an Ort und Stelle).

1. Kleinere Gaststättenbetriebe:

- bei ortsfesten Imbissbetrieben ohne Abgabe von Alkohol an Ort und Stelle werden keine Gästetoiletten gefordert; das Personal-WC mit Handwaschbecken muss jedoch vorhanden sein. Das Personal-WC muss mit fließend Warm- und Kaltwasser ausgestattet sein.
- bei ortsfesten Imbissbetrieben mit Abgabe von Alkohol an Ort und Stelle (z. B. Sitzgelegenheiten oder Stehtische für ca. 25 Gastplätze etc.) werden
als Gästetoiletten: 1 Sitztoilette, 1 Urinal und 1 Handwaschbecken (mind. fließend Kaltwasser) und
als Personal-WC: 1 Sitztoilette mit Handwaschbecken gefordert.

Sofern sich im umliegenden Bereich des feststehenden Imbissbetriebes mit Alkoholausschank zugängliche und leicht erreichbare (ca. 50 m) Toiletten befinden (z. B. in der angrenzenden Tankstelle, Autohaus, Supermarkt etc.), wird dies anerkannt. Der Antragsteller der Gaststättenkonzession hat dies durch eine schriftliche Zusicherung des anderen Gewerbetreibenden bzw. des Eigentümers nachzuweisen. Die Ausgabe eines Toilettenschlüssels auf Wunsch wird für ausreichend gehalten.

Dixi-Toiletten u. ä. Einrichtungen ohne Spülmöglichkeit und Abwasseranschluss werden generell nicht gestattet.

2. Erlaubnispflichtige Gaststättenbetriebe mit einer Gastplatzzahl bis zu 199:

Gastplätze:	Toilettenbecken		Urinale
	Herren	Damen	Stück
bis 50	1	1	2
über 50 unter 100	1	2	3
über 100 bis 199	2	2	4

Für Damen und Herren sollen getrennte Toilettenräume vorhanden sein.

3. Erlaubnispflichtige Gaststättenbetriebe mit einer Gastplatzzahl ab 200:

Für den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucher fassen (u. a. Gaststätten), gilt seit 01.01.2008 die vom Bayerischen Staatsministerium des Innern erlassene Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VStättV).

Diese Verordnung regelt in § 12 die Anzahl der Toiletten und die Ausstattung der Räume.

Es sollen mindestens vorhanden sein:

Besucherplätze	Damentoiletten	Herrentoiletten	
	Toilettenbecken	Toilettenbecken	Urinalbecken
bis 1000 je 100	1,2	0,8	1,2
über 1000 je weitere 100	0,8	0,4	0,6

Die ermittelten Zahlen sind auf ganze Zahlen aufzurunden.

Versammlungsstätten müssen getrennte Toilettenräume für Damen- und Herren haben. Jeder Toilettenraum muss einen Vorraum mit Waschbecken haben. Toiletten sollen in jedem Geschoss angeordnet werden.

Geschäftsführer-/Vorstandswechsel

Der Geschäftsführerwechsel oder die Einstellung eines weiteren Geschäftsführers sowie ein Vorstandswechsel ist dem Landratsamt Passau anzuzeigen. Es ist nämlich die persönliche Zuverlässigkeit der neuen vertretungsberechtigten Person zu überprüfen.

Dazu sind folgende Unterlagen erforderlich:

- Vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag (bei zuständiger Gemeinde, in deren Bereich die Gaststätte liegt, erhältlich; über diese zuständige Gemeinde beim Landratsamt einzureichen; Hinweis: Da es sich bei den Anträgen um Verlagsvordrucke handelt, ist aus Urheberrechtsgründen ein Online-Formular derzeit nicht möglich)
- unbeschränktes polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichts, dass keine Einträge im Insolvenzgericht vorliegen (zuständiges Amtsgericht unter: <http://zustaendiges-insolvenzgericht.de/>)
- Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes, dass keine Steuerrückstände bestehen (zuständiges Finanzamt unter: <http://www.finanzamt24.de/Finanzamt-Taufkirchen-84574/>)
- Vollständige Kopie der Aufenthaltserlaubnis
- Unterrichtsnachweis der Industrie- und Handelskammer in Kopie oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (Gastronomie, Lebensmittelhandwerk, etc.) in Kopie
- Gewerbeanmeldung

Zusätzlich bei Wohnsitz/Aufenthalt in Österreich:

- Strafregisterbescheinigung
- Gewerberegisterauszug
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Wohnsitzgemeinde

Zusätzlich bei Wohnsitz/Aufenthalt in anderen Ländern:

Unterlagen nach Absprache mit dem [zuständigen Sachbearbeiter](#)

Änderung der Rechtsform

Wenn sich bei einem Erlaubnisträger nur die rechtliche Struktur ändert, aber die rechtliche Identität gleich bleibt, dann gilt die Ersterlaubnis weiter (z. B. Änderung Name → keine neue Erlaubnis erforderlich; Änderung Eintrag im Register → neue Erlaubnis erforderlich)

Notwendige Unterlagen

Allgemein (natürliche + juristische Personen)

- Vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag (bei zuständiger Gemeinde, in deren Bereich die Gaststätte liegt, erhältlich; über diese zuständige Gemeinde beim Landratsamt einzureichen; Hinweis: Da es sich bei den Anträgen um Verlagsvordrucke handelt, ist aus Urheberrechtsgründen ein Online-Formular derzeit nicht möglich)
- Miet-, Pachtvertrag (von allen Parteien unterschrieben) oder Eigentumsnachweis
- Bauplan und Baugenehmigung (Es müssen alle Räume, die gaststättenrechtlich genutzt werden sollen ersichtlich und dazu baurechtlich genehmigt sein)
- Baugenehmigung
- Lageplan
- Genaue Auflistung der Räume im Antrag, die gaststättenrechtlich genutzt werden sollen sowie deren Größe (z. B. Gastraum 45 m², Lagerraum 2 m² usw.)
- Gewerbeanmeldung

Bei natürlichen Personen

- unbeschränktes polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichts, dass keine Einträge im Insolvenzgericht vorliegen (zuständiges Amtsgericht unter: <http://zustaendiges-insolvenzgericht.de/>)
- Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes, dass keine Steuerrückstände bestehen (zuständiges Finanzamt unter: <http://www.finanzamt24.de/Finanzamt-Taufkirchen-84574/>)
- Vollständige Kopie der Aufenthaltserlaubnis
- Unterrichtsnachweis der Industrie- und Handelskammer in Kopie oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (Gastronomie, Lebensmittelhandwerk, etc.) in Kopie
- Gültige Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
- Bei Kaufleuten und Personengesellschaften, die ins Handelsregister eingetragen sind (v. a: e.K., KG, OGH, GmbH u. Co. KG): HRA-Auszug
- Bei BGB-Gesellschaften: GbR-Vertrag, soweit vorhanden

Zusätzlich bei Wohnsitz/Aufenthalt in Österreich:

- Strafregisterbescheinigung
- Gewerberegisterauszug
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Wohnsitzgemeinde/-stadt

Zusätzlich bei Wohnsitz/Aufenthalt in anderen Ländern:

Unterlagen nach Absprache mit dem [zuständigen Sachbearbeiter](#)

Bei juristischen Personen, v. a. GmbH und e.V. (mit Stellvertretererlaubnis)

1. von sämtlichen Geschäftsführern der juristischen Person (auf Privatperson ausgestellt):

- unbeschränktes polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichts, dass keine Einträge im Insolvenzgericht vorliegen (zuständiges Amtsgericht unter: <http://zustaendiges-insolvenzgericht.de/>)
- Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes, dass keine Steuerrückstände bestehen (zuständiges Finanzamt unter: <http://www.finanzamt24.de/Finanzamt-Taufkirchen-84574/>)
- Unterrichtungsnachweis der Industrie- und Handelskammer in Kopie oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (Gastronomie, etc.) in Kopie
- Gültige Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz

2. auf die juristische Person ausgestellt:

- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichts, dass keine Einträge im Insolvenzgericht vorliegen (zuständiges Amtsgericht unter: <http://zustaendiges-insolvenzgericht.de/>)
- Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes, dass keine Steuerrückstände bei der juristischen Person bestehen (zuständiges Finanzamt unter: <http://www.finanzamt24.de/Finanzamt-Taufkirchen-84574/>)
- Auszug aus dem Registergericht (HRB-Auszug bzw. VR-Auszug)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Betriebsitzgemeinde)

3. für den Stellvertreter vor Ort ausgestellt:

- unbeschränktes polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei Behörden (zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde)
- Bescheinigung des zuständigen Amtsgerichts, dass keine Einträge im Insolvenzgericht vorliegen (zuständiges Amtsgericht unter: <http://zustaendiges-insolvenzgericht.de/>)
- Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes, dass keine Steuerrückstände bestehen (zuständiges Finanzamt unter: <http://www.finanzamt24.de/Finanzamt-Taufkirchen-84574/>)
- Unterrichtungsnachweis der Industrie- und Handelskammer in Kopie oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (Gastronomie, etc.) in Kopie
- Ausgefüllter gesonderter Antrag auf Stellvertretererlaubnis
- Gültige Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
- Stellvertretungsvertrag

Die Bescheinigungen (Amtsgericht, Finanzamt) sind vom Antragsteller von den zuständigen Stellen aller Orte vorzulegen, wo er in den letzten drei Jahren wohnte bzw. ein Gewerbe betrieb.

Ansprechpartner

Nähere Auskünfte werden erteilt unter:

Erlaubniserteilung:

Landratsamt Passau

SG 41 Öffentliche Sicherheit u. Ordnung
- Gaststättenrecht -
Domplatz 11
94032 Passau

Zuständige Sachbearbeiter	Telefon
Frau Krenn	0851/397-348
Herr Reiss	0851/397-322
Frau Brandl	0851/397-346

Fax: 0851/397-473

E-Mail: gewerberecht@landkreis-passau.de

Internet: www.landkreis-passau.de

Lebensmittelüberwachung

Landratsamt Passau

- Lebensmittelüberwachung -
Passauer Straße 39
94121 Salzweg

Gemeinde	Zuständiger Lebensmittelüberwachungsbeamter
Aidenbach, Aldersbach, Beutelsbach, Fürstenstein, Fürstenzell, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Neukirchen v. W., Pocking, Ruhstorf a. d. Rott, Tettensweis, Tittling, Witzmannsberg,	Herr Drasch (Telefon: 0851/397-629)
Bad Griesbach i. Rottal, Haarbach, Ortenburg, Vilshofen a. d. Donau	Herr Spateneder (Telefon: 0851/397-631)
Bad Füssing, Hofkirchen, Kirchham, Kößlarn, Malching, Rotthalmünster, Salzweg, Thyrnau, Windorf	Herr Attenberger (Telefon: 0851/397-628)
Aicha v. W., Breitenberg, Büchlberg, Eging a. See, Hauzenberg, Hutthurm, Obernzell, Ruderting, Sonnen, Tiefenbach, Untergriesbach, Wegscheid	Herr Zitzelsberger A. (Telefon: 0851/397-632)

Fax: 0851/397-613

Lebensmittelüberwachung

Die Lebensmittelüberwachung kontrolliert zum Schutz des Verbrauchers alle Betriebe, die Lebensmittel oder Bedarfsgegenstände herstellen, bearbeiten, lagern oder in den Verkehr bringen. Die Überwachung der Gaststättenbetriebe unterliegt somit den Lebensmittelüberwachungsbeamten. Sie sind berechtigt, zu den Betriebszeiten sämtliche Betriebsräume zu betreten und zu kontrollieren.

Der Betreiber ist verpflichtet, den Lebensmittelkontrolleur zu unterstützen.

Die hauptsächlichen Kontrollpunkte sind:

- Durchführung risikoorientierter Hygienekontrollen
- Sensorische Prüfung von Lebensmitteln
- Beobachtung und Beurteilung möglicher schädlicher Einflüsse auf Lebensmittel durch chemische, thermische und/oder mikrobiologische Quellen
- Prüfung und Beurteilung des betriebseigenen HACCP- und Eigenkontrollsystems
- Auswahl und Entnahme von Proben und Gegenproben nach eigenem, fachkundigem Ermessen bzw. nach amtlichen Vorgaben
- Sicherstellung, Beschlagnahme und Anordnung zur Beseitigung von nicht sicheren Lebensmitteln
- Überwachung des Preisangabenrechts sowie die Kennzeichnung der Zusatzstoffe in Speise- und Getränkekarten
- Hygiene- und Dokumentenprüfung von Getränkeschankanlagen
- Überprüfung von Warenströmen inner- und außerhalb von Betrieben (Rückverfolgbarkeit)
- Anordnung und Durchsetzung der teilweisen oder vollständigen Schließung von Betrieben oder Betriebsteilen

Jugendschutz

Wie auch aus den Medien bekannt sein dürfte, steigt die Zahl alkoholgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener stetig an. Der Gefährdungsgrad für Alkoholsucht ist umso höher, je niedriger das Einstiegsalter in den Konsum von Alkohol ist.

Neben privatem Konsum, der sicher auch zu frühem Alkoholmissbrauch beiträgt, werden Trinkexzesse von Jugendlichen und Heranwachsenden in jüngster Zeit vor allem auch durch Bewirtungskonzepte mit starken Vergünstigungen für alkoholische Getränke und durch entsprechende Werbung vermehrt gefördert.

Die Folgen daraus sind gesundheitliche Gefahren und häufig frühe Alkohol-Abhängigkeit, wie auch alkoholbedingte Aggressionsdelikte durch angetrunkene Jugendliche und Erwachsene. Gerade branntweinhaltige Getränke, die vorzugsweise zum Sonderpreis angeboten werden, führen schnell zu Wahrnehmungsstörungen oder auch Alkoholvergiftungen.

Folgende Bewirtungskonzepte sind dabei insbesondere gemeint, weshalb auf diese aus Gründen des Gesundheits- und Jugendschutzes zu verzichten ist:

- All-Inclusive-Veranstaltungen (z.B. kostenlose Abgabe aller offenen Getränke innerhalb eines bestimmten Zeitraums)
- Ausgabe von Freigetränken (z.B. Abgabe an bestimmten Tagen für eine bestimmte Gruppe, ausgenommen ein „Welcome-Drink“)
- Parties oder Zeiträume mit Billigangeboten von Getränken (z.B. 50-Cent- oder 1-Euro-Parties)
- Veranstaltungen mit der Gewährung von Mengenrabatt (z.B. „Doppeldecker“)
- Flatrate- und Proportionalangebote (z.B. 10 € zahlen und Getränke im Wert von 20 € konsumieren)

fördern besonders den Anreiz zu übermäßigem Trinken und sind deshalb generell zu unterlassen.

Das Verbot von „Billigangeboten“ bedeutet nicht, dass jeder Preisnachlass auf den üblichen Getränke-einzelpreis bzw. eine vergleichsweise günstige Preisgestaltung gaststättenrechtlich bedenklich ist. Als Faustregel kann gelten, dass jedenfalls Nachlässe von $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{3}$ auf den in Bars/Kneipen und Diskotheken üblichen Preis für ein Getränk i.d.R. unproblematisch sind, wenn sich der daraus ergebende Preis noch bei 2,00€ und jedenfalls, auch bei Schnäpsen, keinesfalls unter 1,50€ bewegt. Letztere Aussage bezieht sich natürlich auf übliche Füllmengen alkoholischer Getränke in den genannten Gastronomie-zweigen (z.B. Longdrinks höchstens 0,2l, Bier höchstens 0,5l, Schnäpse 0,02 l).

Hinweis: Dieses Merkblatt wurde mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit kann aber nicht übernommen werden.